ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Britische Beurteilung des Ölkonflikts

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Britische Beurteilung des Ölkonflikts, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 7, pp. 6-7

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131336

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Private ECE-Diskussion über den Ost-Westhandel

Berichtet von David Scott, London

Während die Aussichten für den Ost - West - Handel in zunehmendem Maße unsicher werden, wurde dieser Gegenstand auf der 6. Sitzung der Economic Commission for Europe (ECE.) in Genf, die kürzlich beendet wurde, ausführlich behandelt. Allen Parteien wurde Gehör geschenkt, und der Exekutiv-Sekretär der ECE., Gunnar Myrdal, setzte seine Bemühungen fort, trotz der politischen Streitfragen, die das diesem Handel zugrunde liegende Hindernis bilden, eine allgemeine wirtschaftliche Grundlage zu finden. Wie bei früheren Gelegenheiten argumentierte der Osten, daß die Haupthandelsschranke in der vom Westen vorgenommenen Exportlizenzierung und Handelsdiskriminierung läge. Die Gegenargumente des Westens wurden in diesem Jahre durch die kürzlich erlassene Gesetzgebung und durch die Erweiterung und Verstärkung der Kontrollen, insbesondere in den USA. und Großbritannien, erschwert. Die Stellungnahmen einiger der westlichen Delegierten über den Handel mit dem Osten waren, unter Berücksichtigung der Exportlizenzierung, die folgenden:

Stellungnahme des Westens

Der Delegierte Frankreichs bestätigte, daß es der ernsthafte Wunsch seiner Regierung sei, an der aktiven Wiederaufnahme dieses Handels teilzunehmen, daß Frankreich jedoch keine großen Mengen der Produkte benötige, die Osteuropa exportieren kann, und daß es selbst wenig Erzeugnisse, die für einen Export nach dem Osten in Frage kommen, liefern könne. Der italienische Delegierte andererseits erklärte, daß der Handel mit dem Osten angesichts der wirtschaftlichen Struktur seines Landes von außerordentlicher Bedeutung für Italien sei und daß der Handelsaustausch mit den osteuropäischen Ländern durch bilaterale Abkommen entwickelt werde. Griechenland soll ebenfalls an einem Export nach Osteuropa interessiert sein, und auch der türkische Delegierte erklärte, daß die Türkei die Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei trotz der empfangenen Marshallhilfe erweitern werde.

Britisch-russische Streitgespräche

Die britische Haltung zu dieser Frage war, wie sich im Verlaufe der Diskussion zeigte, zurückhaltend, obwohl der britische Delegierte bestätigte, daß eine Blockade nicht erwogen würde und daß seine Regierung noch willens sei, den Handel mit Gütern, die nicht der Kontrolle unterliegen, zu entwikkeln. Ein diplomatisches Duell zwischen dem britischen und sowjetischen Delegierten war charakteristisch für den Ton, der während des größten Teils der Diskussion herrschte und, im Vergleich zu früheren Jahreszusammenkünften der ECE., verhältnismäßig mild und unpolitisch war. Der sowjetische Sachverständige für Wirtschafts- und Verhandlungsfragen, A. Arutiunian, warf das Argument auf, daß Großbritannien den Handel mit dem Osten ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten und nicht mit der Absicht einer Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen ansähe und daß gemäß der von Sir Hartley Shawcross kürzlich im Unterhaus abgegebenen Erklärung die gegenwärtige Handelssituation Großbritanniens in Osteuropa zufriedenstellend sei, da sie unter dem Gesichtspunkt strategischer Erwägungen für Großbritannien vorteilhafter sei.

Der britische Vertreter des Board of Trade erwiderte, daß der sowjetische Delegierte vergessen habe zu bemerken, daß der am 18. Sept. 1950 im Unterhaus gestellte Antrag den Satz enthielt „während gleichzeitig der Handel zwischen Großbritannien und Osteuropa zu gegenseitigem Nutzen aufrechterhalten werden soll". Der sowjetische Delegierte gab zu, daß Großbritannien keine Blockade wolle, da das Board of Trade der Ansicht sei, daß der Handel mit dem Osten gewisse Vorteile für die Rüstungswirtschaft des Landes habe. Dann nahm das Gespräch folgenden Lauf:

Großbritannien: Es wäre richtiger, die britische Handelspolitik nach Osteuropa dahingehend zu umschreiben, daß sie geeignet sei, im Rahmen der britischen Regierungspolitik größtmöglichen Handel hervorzurufen.

UdSSR.: Die Politik Großbritanniens zielt darauf ab, den hinsichtlich des Volumens geringstmöglichen und hinsichtlich der eigenen Interessen größtmöglichen Handel aufrechtzuerhalten.

Haltung des Ostens

Der allgemeine Standpunkt des Ostens war: „Dieser Handel ist für den Westen wichtiger als für uns; wir würden ihn begrüßen, haben aber Schritte unternommen, um ohne ihn fertig zu werden." Was die im einzelnen ausgedrückten Ansichten betrifft, so erklärte Polen, indem es auf die Möglichkeiten einer Erweiterung des Handels Europas mit Lateinamerika Bezug nahm, daß „es ein gefährlicher Irrtum für Westeuropa sei anzunehmen, daß sein verringertes Handelsvolumen mit dem Osten durch den Handel mit außer-europäischen Ländern aufgewogen werden könnte". Die Tschechoslowakei hielt Großbritannien die Lieferung tschechischer Werkzeugmaschinen des gleichen Typs, wie Großbritannien sie auf die Liste der strategisch wichtigen Exporte gesetzt hat, vor. Als der sowjetische Delegierte die beiden Seiten zur Last gelegten Handelsdiskriminierungen behandelte, bemerkte er, daß sich jetzt ungeheure Handelsmöglichkeiten mit China eröffneten und daß, falls einige Länder sich dieser Gelegenheiten nicht bedienen wollten, Osteuropa bestimmt keine solchen Bedenken hätte.

Was den Zusammenbruch der Gespräche über den Ost-West-Han-

del, der im vergangenen Herbst von der ECE. einberufen worden war, betrifft, so erklärte Arutiunian, daß „sie nur fehlgeschlagen seien, weil die westeuropäischen Länder sich ausschließlich mit der Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse befaßt haben, ohne irgendwelche Güter anzubieten, die für die osteuropäischen Länder von Interesse gewesen wären".

Die amerikanische Politik wurde dahingehend umrissen, daß sie darauf abzielt, von denjenigen Ländern, die die USA. unter Betonung ihrer Handlungsfreiheit als souveräner Staat als mögliche Aggressoren bezeichnet, die Güter fernzuhalten, die zu einer Stärkung ihrer Kriegsmacht beitragen können.

Weitere Gespräche?

Bei seinem vorjährigen Versuch, die sich verschlechternden Ost-West-Handels- (und indirekt politischen) Beziehungen zu behandeln, ergriff Gunnar Myrdal die Initiative, um im November ein ad hoc Komitee zusammenzuberufen, um den Handelsaustausch eines einzigen Welthandelsgutes, nämlich Getreide, zu erörtern. Der Fehlschlag der sich daraus entwickelnden multilateralen und bilateralen Gespräche ist einer Anzahl von Ursachen zugeschrieben worden. Der Westen behauptet, daß die vom Osten angebotenen Getreidemengen zu gering für eine Berücksichtigung gewesen seien, der Osten, daß die Frage der Gegenlieferungen vom Westen nicht entsprechend behandelt worden sei,

In diesem Jahr versucht Gunnar Myrdal auf Anweisung, die ihm im vergangenen November von der ad hoc Versammlung gegeben wurde, die Möglichkeiten einer neuen Zusammenkunft in diesem Jahr zu untersuchen. Er hat es jedoch abgelehnt, auch dieses Mal wieder die Führung zu übernehmen, da er der Ansicht ist, daß die Initiative von den verschiedenen betroffenen Ländern ausgehen muß und daß solche Gespräche nicht abgehalten werden sollten, wenn nicht greifbare Anzeichen eines Erfolges vorliegen.

Während die Erörterungen über diesen Gegenstand privaten Charakter hatten, wenn sie auch im Verlaufe der öffentlichen Sitzung der ECE. abgehalten wurden, muß man sich darüber klar sein, daß als Mindestvoraussetzung für eine solche Besprechung über den Ost-West-Handel die Vorlage einer Liste der Importbedürfnisse aller Länder anzusehen ist, die die Grundlage kommerzieller Verhandlungen bilden kann. Vom Standpunkt der Praxis aus könnten Listen der Exportmöglichkeiten vorzuziehen sein, da dadurch viel Aushandeln erspart werden könnte.

Während der allgemeinen Diskussion über den Handel zeigten praktisch alle vertretenen Länder ihr Interesse an einer weiteren Zusammenkunft, vorausgesetzt, daß sie einige Erfolgschancen bietet. Hierzu gehören auch einige Länder, die an den im vergangenen November stattgefundenen Gesprächen nicht teilgenommen haben. Es ist interessant festzustellen, daß diese positive Haltung der westeuropäischen Delegierten gerade zu einem Zeitpunkt ausgedrückt wurde, wo die USA. eine Liste herausgegeben haben, die diejenigen Waren enthält, die von den ECA.-Hilfe empfangenden Ländern nicht an den Sowjetblock verschifft werden dürfen, ohne die weitere USA.-Unterstützung zu gefährden. Nach Zeitungsberichten enthält die Liste Hunderttausende von Posten, einschließlich Zucker, Badeanzügen, Damenkleidung und Federn.

Es läßt sich schwer vorhersagen, ob eine solche Zusammenkunft sich wird realisieren lassen. Gegenwärtig werden die betroffenen Regierungen von der ECE. befragt, nicht nur hinsichtlich der Import- oder Exportlisten, sondern auch über eine mögliche Tagesordnung, über die Unterstützung, die der Exekutiv-Sekretär als vertraulicher Vermittler erwarten kann, usw. Wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, dürfte im Juli vielleicht eine vorläufige Zusammenkunft stattfinden, um den Rahmen abzustecken und die Einzelheiten über eine spätere Zusammenkunft im September oder Oktober zu erörtern.

Britische Beurteilung des Ölkonflikts

Der Ölstreit kam zeitlich höchst ungelegen. Der Mittlere Osten ist nicht nur der maßgebliche Treibstofflieferant für die asiatischen Dominien, sondern soll auch den größten Teil des wachsenden Rohölbedarfs der im Ausbau begriffenen britischen Raffinerien decken; diese liefern jetzt etwa 12 500 000 t Ölprodukte und sollen im nächsten Jahr bereits 17 000 000 t und 1954 23 000 000 t produzieren. Die AIOC ist an der in rapider Expansion befindlichen Kuwait - Ölgesellschaft zu 50 % und an der Iraq Petroleum Co. zu 23,75 % beteiligt, kann also auf lange Sicht einen etwaigen Produktionsausfall in Persien wenigstens teilweise aus anderen Fördergebieten ausgleichen und im übrigen auf den Beistand anderer Erzeuger rechnen. Einstweilen ergibt sich aber ein erhebliches Defizit; selbst Mr. Noel Baker, der optimistisch eingestellte britische Brennstoff- und Energieminister, schätzt den minimalen Nettoverlust bei Inanspruchnahme aller verfügbaren Ausweichreserven auf 3 bis 4 Mill. t jährlich, selbst wenn in weitestmöglichem Umfang von Erdöllieferungen der Dollarzone Gebrauch gemacht wird.

Rückwirkungen auf andere Länder

Nicht nur die persische Ölstrategie, sondern viel mehr noch die keineswegs ungeschickte, wenn auch riskante Taktik der persischen Regierung ist in benachbarten arabischen Ländern, vor allem in dem sozial und wirtschaftlich ähnlich gelagerten und ähnlich wie Persien fühlenden Irak, mit wachem Interesse verfolgt worden. Hier würden britische Zugeständnisse an Persien sofort zu lauten, wenn auch vielleicht nicht ganz ernst gemeinten Forderungen auf entsprechende Konzessionen an den Irak Anlaß geben, während ein persisches Ölfiasko kaum der levantinischen Angewohnheit, Großbritannien für eigene Schwächen verantwortlich zu machen, Abbruch tun würde. Dagegen zeigen sich die Herrscher von Kuwait und Saudi-Arabien an den persischen Vorgängen vorläufig desinteressiert; in ihren Ländern ist das amerikanische Ölinteresse größer als das briti-

sche, und der Einfluß extremer Meinungsgruppen ist geringer. Bei dem persischen Ölstreit handelt es sich, wie auch offizielle Kreise in Washington anerkennen, um keine rein britische Angelegenheit, aus der dritte Mächte möglicherweise Vorteil ziehen könnten. Es geht um die Stellung der westlichen Welt im Mittleren Osten schlechthin.

Profitieren die Amerikaner?

Die sich aus der Dollararmut des Sterling-Blocks ergebenden Schwierigkeiten für die britischen Vertriebsgesellschaften amerikanischer Ölkonzerne sind durch die diesen britischerseits eingeräumten Konzessionen hinsichtlich der Investition ihrer Sterlingeinkünfte in englischen Raffinations- und Vertriebsanlagen, Schiffen, Apparaturen usw. weitgehend aus dem Wege geschafft worden, so daß die Beziehungen zwischen britischen, britisch-holländischen und amerikanischen Ölgruppen zur Zeit als befriedigend angesehen werden. Amerikanische Erzeuger können ihre Produktion in Überseegebieten unbehindert im Sterlinggebiet absetzen, sofern sie über ihre Sterlingguthaben entsprechend ihren Abmachungen mit der britischen Regierung, die auf beiderseitigen Zugeständnissen beruhen, verfügen. Sollte infolge des persischen Konflikts weniger Öl für das Sterlinggebiet zur Verfügung stehen, so müßten zweifellos die amerikanischen Konzerne helfen, die Lücke zu schließen. In diesem Fall würden sich voraussichtlich ihre Sterlingeinkünfte so stark steigern, daß diese nicht mehr entsprechend den jetzigen Abmachungen nutzbringend im Sterlinggebiet angelegt werden könnten. Die Abmachungen müßten dann wohl zugunsten der amerikanischen Gesellschaften, die sich verhandlungsmäßig in einer stärkeren Stellung befinden würden, abgeändert werden.

Innenpolitische Beurteilung

Der britischen Regierung ebenso wie der AIOC hat man den Vorwurf nicht erspart, weder frühzeitig noch energisch genug gehandelt zu haben, um einen Konflikt, wie er sich jetzt ergeben hat, von vornherein unmöglich zu machen; doch geben unterrichtete Kritiker zu, daß das Tempo der persischen Nationalisierungsmaßnahmen auch sie überrascht habe. Der Regierung nimmt man es auch in englischen Wirtschaftskreisen übel, daß sie nicht schon längst den ägyptischen Widerstand gegen die Passage von Öllandungen für die Haifa-Raffinerie durch den Suez-Kanal beiseite gefegt und auch der persischen Regierung Englands vitales Interesse an den südpersischen Ölfeldern öffentlich und unmißverständlich klargemacht habe, bevor sie sich auf eine konfiskatorische Politik festlegte. Nachdem die kritische Situation aber das gegenwärtige akute Stadium erreicht hat, wünscht man interne Zwistigkeiten, die nach Lage der Dinge nur Unheil stiften können, zu vermeiden, um so mehr als der ganze Ölstreit inzwischen die Form einer hochpolitischen Angelegenheit angenommen hat. (A)

Ein fernöstlicher Rubikon?

Wir brauchen nicht anzunehmen, daß die magische Kraft eines Orakels die feindlichen Streitkräfte im Bannkreis eines ominösen Breitengrades haltmachen läßt, aber zweifellos wird die Sorge vor dem Ausbruch einer unabsehbaren Auseinandersetzung die Bereitwilligkeit zur Waffenruhe auf beiden Seiten erhöht haben. Nach der Dramatik der militärischen und diplomatischen Wendepunkte während der vergangenen Monate wirkt die plötzliche Bereitwilligkeit fast ernüchternd. Natürlich bedeutet diese Waffenruhe noch keinen Frieden. Aber vielleicht liegt gerade in der Tatsache, daß man den Frieden nun kampflos über Monate, ja vielleicht Jahre hinauszögern kann, das wesentliche Moment, das beide Seiten zur Einstellung der Kampfhandlungen bereit macht.

Den Russen mag ausschlaggebend erscheinen, daß die militärische Bindung der Amerikaner im Fernen Osten in vollem Umfang erhalten bleibt. Den Amerikanern mag ausschlaggebend erscheinen, daß die unverminderte Bedrohung im Fernen Osten die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft in gesteigertem Maße verlangt und rechtfertigt. So wird auch in weltwirtschaftlicher Hinsicht durch die plötzliche Waffenruhe kein entscheidender Umbruch auftreten. Die Märkte der strategischen Rohstoffe werden weiterhin angespannt bleiben, wenn vielleicht auch auf den Nahrungsmittelmärkten eine gewisse Beruhigung eintreten mag. Auch die Nachfrage nach Halbzeug und Fertigwaren wird weiter anhalten und die industrielle Konjunktur begünstigen, wenn auch damit gerechnet werden muß, daß mit fortschreitendem Ausbau der amerikanischen Produktionskapazitäten und durch die infolge der Waffenruhe relativ verminderte Dringlichkeit sich diese Konjunktur nur noch in bescheidenerem Maße preisgünstig auswirken wird.

Wirtschaftlich interessiert aber noch eine andere Frage: In welchem Maße kann durch die Waffenruhe das Embargo des Ost-West-Handels gemindert werden? Es ist anzunehmen, daß dieses Embargo auch über die voraussichtlich lange Dauer des Waffenstillstandes formal aufrechterhalten bleibt. Es ist aber fraglich, ob bei der starken Reserviertheit, die die alliierten Handelspartner gegenüber den amerikanischen Wünschen gezeigt haben, sich die Disziplin nicht erheblich lockern wird. Für uns besteht dabei die Gefahr, daß wir wohl die einzigen sein dürften, die ohne Schwierigkeiten an Disziplin zu halten sind, und daß wir auf diese Weise nun erst recht Gefahr laufen, einige Märkte zu verlieren, die für unsere wirtschaftliche Zukunft sehr interessant gewesen wären. (sk)

HAMBURGER KREDITBANK
FRÜHER
DRESDNER BANK
HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22